



Kantonsrat

Sitzung vom: 29. Juni 2015, nachmittags
Protokoll-Nr. 275

Nr. 275

Postulat Candan Hasan und Mit. über die umgehende Fertigstellung des Planungsberichtes Biodiversität (P 642). Ablehnung

Hasan Candan begründet das am 27. Januar 2015 eröffnete Postulat über die umgehende Fertigstellung des Planungsberichtes Biodiversität. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates halte er an seinem Postulat fest.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng das Postulat ab. Die schriftliche Begründung lautet wie folgt:

"Wie im Postulat richtig festgestellt wird, ist die Erarbeitung eines Planungsberichts Biodiversität im Kanton Luzern bereits vor einigen Jahren an die Hand genommen worden. Mit der Aufnahme der Arbeiten zur Biodiversität auf Bundesebene im Jahr 2009 entstand jedoch sowohl aus fachlicher als auch aus finanzieller Sicht ein Koordinationsbedarf. Entsprechend haben wir bereits in unserer Antwort zur Anfrage Beeler Gehrer Silvana (A 761) vom 9. November 2010 festgehalten, dass der kantonale Bericht mit demjenigen des Bundes zu koordinieren und in Übereinstimmung zu bringen ist.

Die Erarbeitung einer gesamtschweizerischen Biodiversitätsstrategie beanspruchte rund drei Jahre. Die Strategie wurde vom Bundesrat am 2. April 2012 verabschiedet. Unmittelbar nach der Verabschiedung der Bundesstrategie leitete der Bundesrat die Erarbeitung des Aktionsplans Biodiversität in die Wege. Am 18. Februar 2015 hat der Bundesrat vom Stand der Arbeiten am Aktionsplan Biodiversität Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt. Folgende Schritte laufen oder sind geplant:

- Mit Schreiben vom 7. April 2015 wurden die Kantone im Rahmen einer Vorkonsultation zur Stellungnahme zu den Massnahmen des Aktionsplans Biodiversität eingeladen, von deren Umsetzung und Finanzierung sie betroffen sind. Diese Vorkonsultation dauert bis zum 7. Juli 2015.
- Gestützt auf die Rückmeldungen der Kantone wird bis im Frühjahr 2016 eine Vernehmlassungsvorlage ausgearbeitet, die den konkreten Aktionsplan und die für die Umsetzung nötigen Ressourcen und Gesetzesanpassungen beinhaltet.
- Das Vernehmlassungsverfahren zum Aktionsplan Biodiversität ist im Frühling 2016 geplant.
- Ab 2017 soll der Aktionsplan des Bundes umgesetzt werden, sofern auch die Kantone ihren Mitteleinsatz entsprechend erhöhen. Prioritär sind Sofortmassnahmen zur Beseitigung der grössten Vollzugsdefizite in den Bereichen Sanierung und Unterhalt bestehender Schutzgebiete vorgesehen.

Im Rahmen der laufenden Vorkonsultation wurden den Kantonen über 50 Fragen zur Stellungnahme vorgelegt. Die Berührungsflächen zwischen Bund und Kanton sind entsprechend gross, ein koordiniertes Vorgehen ist zwingend. Die Inhalte des Aktionsplans Biodiversität sind unbedingt abzuwarten, bevor der kantonale Planungsbericht Biodiversität vervollständigt wird. Bis dahin wird die Biodiversität im Kanton Luzern im bisherigen Umfang gefördert.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass wir Ihrem Rat einen Planungsbericht Biodiversität vorlegen werden, sobald es die notwendige Koordination mit den Arbeiten und Instrumenten auf Bundesebene zulässt. Die mit dem Postulat geforderte umgehende Fertigstellung des Planungsberichts Biodiversität ist zurzeit weder sinnvoll noch angezeigt.

Das Postulat ist daher abzulehnen."

Hasan Candan hält an seinem Postulat fest. Im Kanton Luzern verfüge man über die von der Unesco ausgezeichnete Biosphäre Entlebuch. Diese einmalige Natur und Landschaft und die sich darin befindlichen Organismen gelte es zu schützen. Der EU-Bericht zeige auf, dass die Lebensräume sehr stark unter Druck seien. Er erinnere an eine Szene aus dem Film "More than honey", bei der Chinesische Arbeiter die Apfelblüten von Hand bestäubten, weil die Organismen durch Pestizide und Lebensraumdegeneration ausgerottet worden seien. Einen solchen Wandel gelte es zu stoppen. Der Bund arbeite die Biodiversitätsstrategie aus. Störend sei aber, dass die 2007 als erheblich erklärte Motion von Hans Peter Pfister zur Erhaltung der Biodiversität im Kanton Luzern noch nicht umgesetzt werde, da man immer noch abwarte, wie Bern entscheide. Wenn man den von der Regierung vorgeschlagenen Plan einhalte, werde der Rat mit Glück noch während dieser Legislatur über die Biodiversitätsstrategie entscheiden. In der Zwischenzeit würden aber die Lebensräume weiter zerstört und eingeengt. Es gebe sowohl eine nationale wie eine kantonale Perspektive. National gebe es zehn Strategien mit 110 Massnahmen. Nun müssten die Kantone entscheiden, welche davon sie akzeptieren und priorisierten wollten und wo finanziell und zeitlich investiert werde. Der Kanton Luzern werde wohl kaum die effektivsten Massnahmen treffen, sondern die kostengünstigsten. Die Natur und unsere Landschaft seien wertvoll, hier sollte nicht gespart werden, sondern man sollte sich für den besten Schutz entscheiden. Der Kanton Luzern könne bereits jetzt schon eine eigene Biodiversitätsstrategie planen, ohne dabei vorzupreschen. Justierungen könnten immer noch vorgenommen werden, sobald der Bund über sein Vorgehen entschieden habe.

Fabian Peter lehnt das Postulat im Namen der FDP-Fraktion ab. Es sei richtig und sinnvoll auf die übergeordneten Vorgaben des Bundes zu warten. Es mache keinen Sinn, einen eigenen Weg einzuschlagen und diesen danach aufgrund der übergeordneten Gesetzgebung anpassen zu müssen. Durch den Planungsbericht Biodiversität sollen keine weiteren Aufgaben und vor allem Kosten für Kanton und Gemeinden entstehen, sondern eine Sensibilisierung der Bevölkerung erzielt werden. Dazu würden auch Filme wie "More than honey" oder die Stärkung der Eigenverantwortung beitragen.

Markus Odermatt lehnt das Postulat im Namen der CVP-Fraktion ebenfalls ab. Es sei weder fachlich noch finanziell sinnvoll, einen eigenen Weg einzuschlagen. Die Sensibilisierung dieses Projektes sei erkannt und der Kanton solle den eingeschlagenen Weg weiterführen. Die CVP hoffe aber, dass alle Ansprechpartner und Interessenabwägungen bei der Beratung dieses Berichts einbezogen würden. Nicht nur die Landschaft sondern auch die Siedlungsflächen sollten in den Gesamtüberlegungen berücksichtigt werden. So präge die Landwirtschaft in einem hohen Mass das Landschaftsbild des Kantons Luzern und trage massgeblich zur Vielfältigkeit der Kulturlandschaft bei. Man solle sich für die Erarbeitung des Planungsberichtes Biodiversität die nötige Zeit nehmen.

Katharina Meile unterstützt die Erheblicherklärung des Postulates im Namen der Grünen Fraktion. Die Natur sei die Grundlage unseres Lebens und Überlebens. Die Vielfältigkeit ermögliche uns Vieles. Der feine Kreislauf der Natur sei genau aufeinander abgestimmt, werde ein Glied daraus entfernt, gerate das feine Gleichgewicht ins Schwanken. Leider werde die Vielfältigkeit der Natur immer mehr verkleinert und der Lebensraum von Flora und Fauna eingeschränkt. Zum Glück habe man das erkannt und engagiere sich für die Natur und die Umwelt. Es erstaune sie daher sehr, dass der Regierungsrat keinen Planungsbericht zur Biodiversität präsentieren könne. Seit neun Jahren liege die Forderung danach auf dem Tisch. Sie finde es gut, wenn man genau arbeite und sich die notwendige Zeit nehme. Es sei aber fahrlässig, bei einem so drängenden Thema nicht vorwärtszumachen. Es sei zwar nachvollziehbar, dass der Kanton sein Vorgehen mit dem Aktionsplan des Bundes koordinieren wolle. Trotzdem müsse es mit dem Planungsbericht Biodiversität vorwärtsgehen. Die In-

halte seien weitgehend bekannt. Es sei aber noch nicht klar, wann und ob der Aktionsplan des Bundes überhaupt umgesetzt werde. Der Kanton Luzern könne nicht länger zuwarten. Luzern könne trotz gewisser Unklarheiten auf Bundesebene eine Strategie für die Erhaltung der Biodiversität festlegen. Die einzelnen Massnahmen könnten nach dem Entscheid von Bern weiter angepasst werden. Der Kanton habe zudem den Auftrag, eine Strategie aus Kantonsicht festzulegen. Das könne er schon heute. Beim Schutz der Natur sollte es nicht in erster Linie um die Finanzen gehen, sondern darum, die Lebensgrundlage zu erhalten. Jost Troxler erklärt, die SVP-Fraktion lehne das Postulat einstimmig ab. Es mache wenig Sinn, den kantonalen Planungsbericht Biodiversität fertigzustellen, bevor man über den Inhalt des gesamtschweizerischen Aktionsplanes Biodiversität Kenntnis habe. Im Frühling 2016 finde eine Vernehmlassung zu diesem Aktionsplan statt. Das im AP 2014-2017 festgelegte Ziel bezüglich Fläche und Anteil von Vernetzung und Biodiversität sei bereits übertroffen worden. Danach seien 65000 Hektaren Biodiversitätsförderflächen (BFF) vorgesehen gewesen. 2014 hätten die Landwirte jedoch bereits 71000 Hektaren angemeldet. Im Namen des Regierungsrates lehnt Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng das Postulat ab. Es sei bekannt, dass die Schweiz bezüglich Biodiversität eine mässige Rolle einnehme. Das habe auch der Bundesrat zur Kenntnis genommen und eine Strategie in Auftrag gegeben. Bereits in der Anhörung sei der Bund bei den Kantonen auf Widerstand gestossen. Die von Hasan Candan erwähnten 110 Massnahmen seien auf 54 reduziert worden. Diese 54 Massnahmen befänden sich derzeit in der Vorkonsultation, die Regierung habe für ihre Stellungnahme Zeit bis am 7. Juli 2015. Die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltirektorenkonferenz habe ihre Stellungnahme innerhalb des Siedlungsgebietes dazu abgegeben, die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz für das Landwirtschaftsgebiet. Anlässlich dieser Diskussionen habe man festgestellt, dass die Kantone bereits viel unternahmen würden. Die Regierung habe ihre Gründe dafür, dass sie den Bundesentscheid abwarte. Der Kanton Luzern werde mit dem Bund eine Leistungsvereinbarung über die Massnahmen abschliessen. Die Kantone forderten vom Bund eine wesentliche Mitfinanzierung dieser Strategie. Die ersten Hochrechnungen hätten ergeben, dass der Kanton Luzern pro Jahr über fünf Millionen Franken für die erweiterte Biodiversität bereitstellen müsste. Die Kantone würden diesen Mehraufwand gegenüber dem Bund nicht akzeptieren, sondern sie wollten den Bund in die Pflicht nehmen. Der Kanton Luzern wolle eine Leistungsvereinbarung abschliessen, die er einhalten könne. Zudem verlange er eine vermehrte Mitfinanzierung durch den Bund.

Der Rat lehnt das Postulat mit 77 zu 23 Stimmen ab.